

Redemanuskript Dr. Dagmar Pruin, Präsidentin Diakonie Katastrophenhilfe

Jahres-Pressekonferenz 24. August 2022 - Es gilt das gesprochene Wort.

Ich begrüße Sie herzlich zur Jahres-Pressekonferenz der Diakonie Katastrophenhilfe. Vor einem Jahr habe ich an dieser Stelle gesagt, dass wir uns seit anderthalb Jahren in einem permanenten Ausnahmezustand befinden. Ich bezog mich damals auf die Pandemie, die auch heute noch nicht ausgestanden ist und ich bezog mich darauf, wie sich in vielen Regionen der Welt verschiedenen Krisen überlagern und die Not der Menschen vergrößern – auch bei uns in Deutschland durch das verheerende Hochwasser in Teilen von Nordrhein-Westfalen und von Rheinland-Pfalz.

Zu allen im vergangenen Jahr genannten Themen – Klimakrise, Corona, bewaffnete Konflikte – ist am 24. Februar – vor exakt sechs Monaten - der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hinzugekommen. Der Krieg in der Ukraine mit all seinen direkten und indirekten Folgen dominiert seither die Berichterstattung. Er ist auch ein Schwerpunkt der Arbeit der Diakonie Katastrophenhilfe und ihrer vielen Partner, die unermüdlich an der Seite der Millionen Menschen stehen, die fliehen oder im Kriegsgebiet ausharren mussten und gleichzeitig verlieren wir die zahlreichen Hungerkrisen weltweit nicht aus dem Blick.

Die Zahl der geflohenen und zurückkehrenden Menschen verändert sich von Tag zu Tag. Und dennoch helfen diese Zahlen uns, die humanitäre Katastrophe, die sich vor unserer Haustür abspielt, besser zu begreifen. Die Vereinten Nationen zählen innerhalb Europas derzeit über 6 Millionen Geflüchtete aus der Ukraine. Insgesamt gab es im vergangenen halben Jahr mehr als 10 Millionen Grenzübertritte. Innerhalb der Ukraine sind weiterhin 6,6 Millionen Menschen vertrieben. Insgesamt mussten fast 13 Millionen Menschen ihre Heimat verlassen.

Dass so viele Menschen innerhalb kürzester Zeit mitten in Europa fliehen müssen, haben wir seit dem Zweiten Weltkrieg nicht erlebt. Die Solidarität mit den Betroffenen ist immens. In den vergangenen zehn Jahren haben wir für keine andere Katastrophe so viele Spenden erhalten.

Dank der enormen Spendenbereitschaft und dank unserer Partnerorganisationen konnten wir in kürzester Zeit eines der größten Hilfsprogramme in der fast 70-jährigen Geschichte der Diakonie Katastrophenhilfe auf die Beine stellen. Schon wenige Tage nach Beginn der Kämpfe haben wir Geflüchtete in den Nachbarländern mit allem versorgt, was sie zum Überleben

brauchten. Wir haben etwa in Rumänien Essen und Trinkwasser an die Menschen verteilt, die über die Donau aus Odessa geflohen sind, und sie von dort auf den nächsten Schritten ihrer Flucht unterstützt. Von der beeindruckenden Arbeit unseres Partners konnte ich mir im März selbst ein Bild machen. Wegen der kalten Temperaturen Ende Februar und Anfang März haben wir auch sofort begonnen, den Geflüchteten Unterkünfte zu besorgen. Von dieser ersten Phase der Nothilfe hat sich unsere Hilfe Stück für Stück weiterentwickelt. Es sind mehr Länder hinzugekommen, mehr Partnerorganisationen und wir konnten immer mehr Menschen helfen.

Eines der Länder, in dem wir aufgrund gewachsener Partnerschaften sofort helfen konnten, war Polen – das Land, das bis dato die meisten Geflüchteten aus der Ukraine aufgenommen hat. Über Kirchengemeinden stellen wir Wohnraum zu Verfügung. Außerdem konnten wir ein erstes Projekt mit Bargeld-Hilfen starten. Wir verteilen aufgeladene Geldkarten an die Familien – zu 90 Prozent Mütter mit Kindern, die sich damit kaufen können, was sie auf ihrer Flucht am dringendsten benötigen.

Diese Hilfe ist effektiv, da sie zu 100 Prozent an den Bedürfnissen orientiert ist.

Sie ist würdevoll, weil die Menschen endlich wieder selbst entscheiden können, was sie für sich und ihre Liebsten kaufen wollen und nicht mehr darauf angewiesen sind, was andere Menschen in ein Hilfspaket gepackt haben. Und diese Art der Hilfe rettet Leben. Oksana, eine der Frauen, die wir in Polen unterstützen, hat uns erzählt, dass sie Anfang Juni vor den Angriffen der russischen Armee aus Donezk geflohen ist – zusammen mit ihren Zwillingen. Eines der Mädchen wog bei der Geburt gerade mal 1000 Gramm und braucht wohl ein Leben lang Medikamente und Spezialnahrung. Dank unserer Bargeldhilfe konnte sie beides in Polen kaufen.

Klar ist aber auch: Wenn Märkte nicht funktionieren, wenn Lieferketten unterbrochen sind, dann müssen wir weiter Pakete verteilen, um das Überleben der Menschen zu sichern – so zum Beispiel im aktuell sehr stark betroffenen Osten der Ukraine. Anfangs war dort nur Hilfe in relativ kleinem Maßstab möglich. Mittlerweile schicken wir zwei Mal im Monat einen LKW-Konvoi mit Hilfsgütern in die Ukraine. Im Westen des Landes werden die LKW entladen, die Hilfsgüter in familiengerechte Pakete umgepackt und mit Kleintransportern oder sogar der

Bahn in die Gebiete gebracht, wo die Not am größten ist – derzeit vor allem in den Osten und Südosten des Landes.

Die vielen Spenden ermöglichen es uns auch, bereits jetzt die Hilfe für die kommenden Monate zu planen. In der Ukraine wird es – insbesondere in zerbombten Wohnhäusern – bitterkalt. Daher werden wir bereits im Oktober ein großes Winterhilfe-Projekt starten. Wir wollen Notunterkünfte und Luftschutzbunker in Schulen mit Heizgeräten, warmen Decken und Schlafsäcken ausstatten und ähnliche Hilfsgüter auch direkt an die Menschen verteilen. Dass diese Art der Hilfe überlebenswichtig sein wird, zeigen auch die Ankündigungen der ukrainischen Regierung, vor Wintereinbruch einen Großteil der Bevölkerung aus den von ihr kontrollierten Gebieten rund um Donezk evakuieren zu wollen. Die Winterhilfe war übrigens unser Schwerpunkt der Hilfe nach dem Beginn des Krieges in der Ostukraine 2014.

So wichtig unsere umfassende Hilfe in der Ukraine und den Nachbarländern ist, so besorgniserregend ist aus unserer Sicht auch, wenn der Blick sich zu stark verengt. Wir – Gesellschaft, Hilfsorganisationen aber auch die politischen Entscheidungsträger, die über die Hilfsbudgets der reichen Länder entscheiden – müssen einen schwierigen Spagat hinbekommen: Einerseits dürfen wir uns niemals an diesen Krieg gewöhnen, der auch sechs Monate nach dem Angriff nichts von seinem Schrecken verloren hat. Andererseits müssen wir jedoch auch die Regionen im Blick behalten, die geostrategisch weniger interessant und geographisch viel weiter weg sind als der Osten Europas und in denen die Not jeden Tag spürbar wächst.

Weltweit waren Ende 2021 laut UN 274 Millionen Menschen auf Hilfe angewiesen, im Jahr zuvor waren es 235 Millionen. Das war damals schon der höchste Stand seit Jahrzehnten. Diese Zahlen sind Schätzungen der UN und der Krieg in der Ukraine mit all seinen lokalen und globalen Folgen ist noch gar nicht einkalkuliert. Die Hauptgründe für den sprunghaften Anstieg sind: Corona, Klimakrise, Konflikte.

Und nun noch der Krieg Russlands gegen die Ukraine, der die Energie- und damit Nahrungsmittelpreise weiter steigen lässt, obwohl beides schon vor Beginn des Krieges auf sehr hohem Niveau war.

Die Hilfe ist oft am schwierigsten, wenn nicht die eine Katastrophe Leid bringt, wie etwa bei

einem Erdbeben, sondern mehrere, sich gegenseitig verstärkende Krisen. Eine Region, wo wir wirklich von einer multi-faktoriellen Krise sprechen müssen, ist Ostafrika.

Die Klimakrise schlägt an kaum einem anderen Ort so erbarmungslos zu wie dort. In Somalia sind vier Regenzeiten mehr oder weniger komplett ausgefallen, der Südsudan hat immer wieder mit schweren Überschwemmungen zu kämpfen. Beide gerade genannten Länder kommen auch politisch und militärisch kaum zur Ruhe. Und die Inflation sorgt für höhere Produktions- und Transportkosten. Für Menschen, die ohnehin nur von einer Mahlzeit zur nächsten planen können, ist diese Akkumulation eine Frage von Leben und Tod. Und lassen Sie es mich klar sagen: Das macht auch uns und unseren Partnerorganisationen, die tagtäglich erleben, wie die Not sich weiter zuspitzt, große Sorge.

Das Welternährungsprogramm schätzt, dass heute 345 Millionen Menschen von akutem Hunger betroffen sind, davon stehen 50 Millionen Menschen bereits unmittelbar vor einer Hungersnot, für fast eine Million Menschen ist die Hungersnot bereits Realität. Wir müssen es so drastisch sagen: **Diese Menschen werden verhungern, wenn wir nicht schnell und entschlossen handeln.**

Dass die G7-Staaten bei ihrem Gipfel im Juni gerade einmal 4,5 Milliarden Dollar zugesagt haben, ist ein verheerendes Signal und ganz praktisch viel zu wenig Geld. Die Menschheit MUSS im Jahr 2022 dazu in der Lage sein, die schleichende Katastrophe des Hungers zu beenden. Die Hungerkrise ist eine globale Krise. Sie trifft die Menschen nicht nur in Ostafrika, sondern auch im Westen des Kontinents, in Afghanistan oder dem Jemen – um nur einige Beispiele zu nennen.

Wir sehen bezogen auf Deutschland durchaus die Bemühungen der verschiedenen Ministerien: Das Auswärtige Amt etwa fördert ein großes Projekt der Diakonie Katastrophenhilfe in mehreren Ländern Ostafrikas. Als wir darauf hingewiesen haben, dass sich die Lage am Horn von Afrika dramatisch zuspitzt, hat das Auswärtige Amt dieses Projekt nochmal aufgestockt, wofür wir sehr dankbar sind.

Wenn nun die Haushaltsexperten der Bundestagsfraktionen nach der Sommerpause über den Haushaltsentwurf der Bundesregierung für 2023 beraten, müssen sie diesen zweifelsohne nachbessern. Denn dieser sieht für die Humanitäre Hilfe eine Kürzung um 25 Prozent

gegenüber 2022 vor. Angesichts der immensen Not und der teilweise galoppierenden Inflation fordern wir, dass der Etat nicht sinkt, sondern um mindestens 20 Prozent steigen muss.

Die eben angesprochene Aufstockung unserer Hilfe durch das Auswärtigen Amts ist Teil unseres 7-Millionen-Hilfspakets, das wir im Frühjahr auf den Weg gebracht haben und mit dem wir in mehreren Ländern Afrikas Hunger verhindern wollen. Dass wir flexibel auch auf Krisen reagieren können, die nicht unbedingt im Fokus der Öffentlichkeit stehen, ermöglichen uns – neben staatlichen Mitteln – vor allem zweckfreie Spenden.

Bei den zweckfreien Spenden konnten wir 2021 ein leichtes Plus von etwa drei Prozent verbuchen. Sie lagen bei 15 Millionen Euro. Insgesamt haben wir im vergangenen Jahr 66,6 Millionen Euro Spenden eingenommen, das ist mehr als doppelt so viel im Vergleich zum Jahr 2020. Das liegt an der überwältigenden Spendenbereitschaft für die Betroffenen der Flutkatastrophe in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen, für die unsere Spenderinnen und Spender uns fast 39 Millionen Euro anvertraut haben. Die Spenden erreichten uns dabei auch über das Aktionsbündnis Katastrophenhilfe, dessen Mitglied wir sind.

Für diese großartige Unterstützung möchte ich allen Spenderinnen und Spendern danken – auch im Namen unserer vielen Partnerorganisationen und natürlich im Namen der Menschen, die wir mit diesen Spenden unterstützen.

Auch bei den öffentlichen Mitteln seitens Bundesregierung und Europäischer Union haben wir deutlich zugelegt. Ein Plus von etwa 14 Millionen Euro bedeutet, dass wir öffentliche Mittel in Höhe von 28,9 Millionen Euro erhalten haben. Der Hauptgrund für diesen Zuwachs ist das eben schon angesprochene große, mehrjährige Projekt zur Hungerhilfe in Ostafrika, das vom Auswärtigen Amt gefördert wird.

Die Gesamteinnahmen der Diakonie Katastrophenhilfe lagen mit 101,7 Millionen Euro doppelt so hoch wie im Vorjahr (2020: 50,4 Millionen Euro). Wir haben Hilfsprojekte in Höhe von 87,5 Millionen Euro neu bewilligt. Die meisten Mittel fließen nach Afrika. Der Anteil von Werbung und Verwaltung an den Gesamtausgaben ist gesunken und liegt bei 7,1 Prozent.

Vielen Dank.